Gemeinsam die Zukunft von Lohmar gestalten

Koalitionsvertrag

zwischen

GRÜNE Lohmar, SPD Lohmar und UWG Lohmar

im Stadtrat für die Wahlperiode 2020 bis 2025

Stadt Lohmar

Eine Stadt für Familien,
eine Stadt für Jung und Alt,
eine Stadt wird nachhaltiger und digitaler!

Lohmar verfügt über eine gute Ausstattung mit Schulen und Kindergärten, mit Sportinfrastruktur und mit Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren. Diese wollen wir erhalten und ausbauen. Für die kommenden Jahre stehen insbesondere wegen der Klimaveränderung auch für unsere Stadt große Herausforderungen bevor. Diesen Herausforderungen, die sich durch die aktuelle Corona-Krise noch verstärkt haben, werden wir uns stellen und sie nutzen, um Lohmar weiterhin familienfreundlich, aber auch digital und nachhaltig zu entwickeln. Dazu schließen Grüne, SPD und UWG diesen Koalitionsvertrag.

Stadtentwicklung und Wohnen

Dort, wo das möglich ist, muss in den Ortszentren architektonisch hochwertiger Geschossflächenbau mit barrierefreien und energiesparenden Wohnungen entstehen. Bei Überplanung von Flächen von mehr als zehntausend Quadratmetern muss der Anteil des geförderten preisgebundenen Mietwohnungsbaus am gesamten Wohnungsbau zumindest 30 Prozent betragen. Das gilt auch für den aktuellen Prozess in Birk sowie die anstehende Entwicklung in Donrath. Für die dortige Entwicklung wird ein „Integriertes Handlungskonzept“ unter Beteiligung der Bürgerschaft in der „Zukunftswerkstatt“ erarbeitet. Ziel der Koalition ist es, für diese Ortsentwicklung im Rahmen der „Regionale 2025“ Städtebauförderungsmittel zu erhalten. Darüber hinaus vereinbaren die Partner folgende Ziele:

- Die OGGS Birk Schule soll entgegen der Planung der Verwaltung schon vor 2024 in Betrieb genommen werden. Dazu soll der ökologische Bau aus Holz oder in Holzverbundbau offensiv geprüft und vorangetrieben werden.
- In dem Bereich des Bebauungsplanes sollte schnellstmöglich die dringend notwendige Kindertagesstätte realisiert werden. Für die erste Baustufe eines Alten- und Pflegeheims sollten dort Flächen vorgehalten werden. Möglichst sollen zwischen Schule, Kita und Senioren-/Pflegeheim Synergieeffekte im Bereich von Küchen/Mensen sowie Energie- und Wärmeversorgung erreicht werden.
- Für den gesamten Bereich ist ein Verkehrskonzept zu erarbeiten, das die Belange von Feuerwehr, Schulbusverkehr und Besucherverkehren zu einem Alten- und Pflegeheim von vornherein intelligent verknüpft und sicherstellt, dass für den Hol- und Bringverkehr Verkehrssicherheitszonen eingerichtet werden und die nicht unmittelbar am Schulgebäude liegen. Es ist zu prüfen, ob im südwestlichen Bereich des Sportplatzes eine Skate-Bahn eingerichtet werden kann.

- Für den Bereich des B-Plan 47 ist durch detaillierte Untersuchungen und Planungen sicherzustellen, dass Versickerungen und Abfluss von Niederschlagswasser auch bei Starkregenereignissen sichergestellt sind.
- Der Bereich der alten Schule ist vorrangig mit neuen, im Zentrum und mit direkter Nähe zu ÖPNV und Einzelhandel liegenden Wohnungen zu beplanen. Diese sollen sowohl frei finanzierten als auch preisgebundenen Mietwohnungsbau umfassen. Für die Gestaltung ist ein Architektenwettbewerb vorzusehen.
- Für das denkmalgeschützte alte Schulgebäude ist ein Konzept für eine Begegnungsstätte mit einem Café zu entwickeln. Dabei soll auch geprüft werden, ob sich darin einmal wöchentlich ein Bürgerbüro wie in Wahlscheid realisieren lässt, in dem einfache Verwaltungsgänge wohnortnah zu erledigen sind.

Lohmar 2030: Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass bei den in „Lohmar 2030“ definierten Flächen im Grundsatz eine Entwicklung möglich ist. Welche dieser Flächen durch das Regionalplanverfahren auf der Ebene der Bezirksregierung überhaupt entwickelt werden können, ist zurzeit noch nicht absehbar. Bei einer möglichen späteren Entwicklung ist für die Koalition Transparenz und die Beteiligung der Bürgerschaft unabdingbar! Um einerseits die Infrastruktur auf gutem Niveau halten zu können und anderseits unserer Landschaft und der Stadt nicht ihren reizvollen Charakter zu nehmen, soll aus unserer Sicht die Einwohnerzahl möglichst zwischen 30.000 und maximal 32.000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehalten und Kindergarten- und Schulplätze daran ausgerichtet werden. Es bleibt weiterhin bei Ablehnung einer Bebauung von Wahlscheid-Ost.

Klimaschutz - Energie - Stadtwerke

Die Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz sowie der vom Rat beschlossene Klimaleitfaden für den Flächennutzungsplan, Bebauungspläne und Bauen sind umzusetzen. Bei neuen Bebauungsplänen ist im Grundsatz eine Verpflichtung zum Einsatz von Photovoltaik und Solarenergie vorzusehen. Vorschläge für Ausnahmen sind von der Verwaltung zu begründen und vom Fachausschuss zu beschließen. Insbesondere ist für städtische Gebäude die Installierung von Photovoltaik vorzusehen, sei es in Eigenregie oder durch die Stadtwerke. Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, dass die Stadt verstärkte Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs (Wärme und Strom) unternimmt und bei allen Neubauten, Umbauten oder Sanierungen städtischer Gebäude jeweils den Einsatz erneuerbarer Energien und Kraftwärmekopplung (KWK) intensiv prüft. Der städtische Fahrzeugpark soll im Zuge anstehender Neuanschaffungen (bis auf die Fahrzeuge des Bauhofes und der Feuerwehr) auf E-Autos umgestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke Lohmar ein eigenes Konzept zur CO_2-Minimierung vorlegen und ausführen, mit welchen Maßnahmen sie jeweils bis 2030 und bis 2050 Schritte für

den Weg zur Klimaneutralität gehen wollen.

Mobilität

Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, den Öffentlichen Personennahverkehr weiter zu stärken, insbesondere auch während der Nachtstunden und an Wochenenden. Neben den Busverbindungen streben wir weiterhin an, den AST-Verkehr zu stärken und auch an den Rösrather Bahnhof anzubinden. Insgesamt wollen wir die wachsenden Möglichkeiten der Digitalisierung für den Öffentlichen Verkehr nutzen und den Verkehr barrierefrei gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Carsharing-Parkplätze im Stadtgebiet auf dem Frouardplatz, dem Pompeyplatz oder am Forum Wahlscheid und auf dem Parkplatz am Bürgerzentrum Birk einrichtet. In Wahlscheid und Birk sollen öffentlich Ladestationen für E-Fahrzeuge eingerichtet werden, möglichst soll dabei ein CCS-Anschluss vorgesehen werden. Wir wollen weiterhin Fußgänger- und Fahrradfreundliche Stadt sein, den Fahrradverkehr weiter stärken und noch sicherer machen, die Verbindungen in die Nachbarkommunen verbessern (z.B. Troisdorf) und mit Hilfe des Kreises auch Verbesserungen für den Fahrradverkehr an den Kreisstraßen anstreben.

Im Rahmen der Regionalen 2025 sollen auch für die RB 25 die Grundlagen für weitere zweigleisige Streckenabschnitte bis Gummersbach und deren Elektrifizierung gelegt werden. Wir werden darauf achten, dass bei dem möglichen 20-Minuten-Takt alle Züge am Bahnhof Honrath halten und dieser Bahnhof nicht bei einem Teil von Fahrten unberücksichtigt bleibt.

Kinder und Jugendliche - Schule als Einrichtung der Bildung und Betreuung

Die Kitaversorgung in der Stadt soll bedarfsgerecht erfolgen und weiter ausgebaut werden. Bestehende Einrichtungen sind auf ihre Eignung im Zusammenhang mit den einschlägigen Vorschriften zu prüfen, insbesondere die Kita Scheiderhöhe.

Die Koalitionsfraktionen streben einen Lohmarer Schulkonsens an. Er beschreibt die Wertorientierung aller Schulen und bildet zusammen mit den jeweils geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie den gelten Richtlinien und Lehrplänen die Grundlage für die weitere Ausgestaltung des Schulwesens in Lohmar. In diesem Zusammenhang

- soll in jährlich aufeinanderfolgenden Schritten eine verschiedene Bereiche umfassende Kooperationsvereinbarung zwischen Gesamtschule und Gymnasium geschlossen werden;
- sollen die Übergänge zwischen Elementar- und Primarstufe sowie zwischen Primar- und Sekundarstufe in Kooperationsvereinbarungen geregelt werden;
- erhält der Qualitätszirkel als Steuerungselement des sich einander ergänzenden Auftrags von Schule und OGATA eine bedeutende Rolle für die Weiterentwicklung der Konzepte und die Beschreibung minimaler und gewünschter, jeweils einheitlicher Standards auf Stadtebene;

- wird kontinuierlich beobachtet welcher Betreuungsbedarf in der Praxis vorhanden ist und jeweils am Ende eines Schuljahres analysiert. Die möglichen Auswirkungen auf die bestehenden Offenen Ganztagsschulen werden im Hinblick auf den ab 2025 garantierten Rechtsanspruch auf Betreuung jährlich ermittelt, um bei Bedarf rechtzeitig handeln zu können;
- werden die Beitragssatzungen von Kindertageseinrichtungen und OGATA einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen und ggfs. unter besonderer Berücksichtigung sich verändernder Einkommensverhältnisse überarbeitet;
- soll geprüft werden, ob die Anzahl der Stellen für Schulsozialarbeit entsprechend der Größe der Schulen erhöht werden kann;
- soll unter Einbeziehung der Erfahrungen in anderen Kommunen ein Mobilitätskonzept entwickelt werden, das Schülerinnen, Schüler und Eltern zu gesünderen und ökologisch wertvolleren Möglichkeiten zur Schulwegbewältigung ermutigt.
- soll die Stadt bezüglich der Teilnahme am Schulunterricht mittels „Digitaler Endgeräte“ sicherstellen, dass dies für alle Schülerinnen und Schüler möglich gemacht wird;
- sollen anlässlich der andauernden Pandemie alle Schulgebäude auf bauliche Mängel untersucht werden und insbesondere solche beseitigt werden, die ein regelmäßiges Lüften unmöglich machen.

Wirtschaft - Arbeit - Digitalisierung

Auch wenn es in unserer Stadt nur noch wenig geeignete Flächen gibt, sehen die Koalitionspartner die Ausweisung von Gebieten für Handwerk und Gewerbe als wichtigen Faktor für Arbeitsplätze und Haushalt an und prüfen dazu auch Kooperationen mit Nachbargemeinden.

Lohmarer Unternehmen sind sehr vielfältig, es sind große Betriebe, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Kleinstbetriebe aus den unterschiedlichsten Branchen. Diese funktionierenden Betriebe halten Arbeits- und Ausbildungsplätze für Lohmar und die Region bereit. Den Koalitionspartnern ist es ein wichtiges Anliegen diese Unternehmen und auch Gründerinnen und Gründer weiter gut und umfassend durch die Lohmarer Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Es sollen weitere Angebote entwickelt und den Betrieben offensiv bekannt gemacht werden, bspw. die Organisation von Kooperationen zwischen (deutschen und ausländischen) Gewerbetreibenden, gezielte Ansprache von Zielgruppen (Frauen, Start-ups) oder die Entwicklung von Konzepten für lokal benötigte Qualifizierung.

Die Koalitionspartner unterstützen die Umsetzung des Strategiepapiers „Digitales Lohmar 2025“. Wir setzen uns eine digitale Stadtverwaltung zum Ziel, bei der die Menschen möglichst viel digital erledigen können. Von einem „digitalen Lohmar“ müssen neben den Unternehmen auch die

Beschäftigten und alle BürgerInnen profitieren. Wir werden mit ehrenamtlichen Initiativen zusammenarbeiten, um möglichst viel kostenfreies Internet für alle zu erreichen.

Im Interesse der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger streben wir den schnellstmöglichen Ausbau der digitalen Infrastruktur an. Dazu, und als wichtiger Standortfaktor, ist die Anbindung an schnelles Internet in allen Stadtteilen und mittelfristig auch die Anbindung an das Glasfasernetz notwendig.

Sport - Kultur - Soziales

Die Koalitionspartner vereinbaren, die Lohmarer Vereine weiterhin finanziell zu unterstützen, insbesondere bei ihrer Jugendarbeit und einer notwendigen Digitalisierung. Die Lohmarer Sportvereine sollten sich auch weiterhin nicht finanziell an Renovierungen und Ausbauten der Lohmarer Sportstätten beteiligen müssen.

Es soll geprüft werden, ob interkommunal qualitativ gute Angebote wie z.B. Musicals, Theater, Discos usw. in der Jabachhalle möglich sind. Wenn möglich, soll nach einem positiven Ergebnis der Kulturetat erhöht werden.

Die Koalitionspartner streben die Errichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Ärztehäusern in Lohmar an. Wir sind uns darüber einig, dass, soweit erforderlich, die Stadt unterstützend bei der Generierung von Fördermitteln mitwirkt. Darüber hinaus soll eine Bereitstellung von städtischen Gebäuden oder Grundstücken, gegebenenfalls zu Sonderkonditionen, geprüft werden.

Die Koalition will die enge Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat, der Seniorenvertretung und dem städtischen Projekt der Willkommenskultur und dem friedvollen Umgang ("Schule ohne Rassismus" am Gymnasium) fortsetzen.

Das Senioren- und Pflegeheim als stationäre Pflegeeinrichtung in Birk soll vorzugsweise zusammen mit der Ev. Kirche Wahlscheid zügig geplant und gebaut werden. Bei weiteren Planungen z.B. stationärer Pflegeeinrichtungen orientiert sich die Koalition u.a. an den Studien und Prognosen des Rhein-Sieg-Kreises unter Berücksichtigung der spezifischen Situation in Lohmar.

Als ergänzenden Baustein, der dem demografischen Wandel Rechnung trägt, beauftragen die Koalitionspartner die Verwaltung mit der Prüfung eines Projektes „Senioren Service Wohnen“. Dazu soll eventuell ein städtisches Grundstück zu Sonderkonditionen zur Verfügung gestellt werden. Dieses Projekt soll über die bloße Tagespflege hinaus gehen. Dienste wie Hausnotruf oder Haumeisterservice sollen Teil des Basisangebots sein. Das Angebot kann durch zusätzliche Leistungen, die Mieter hinzubuchen können, abgerundet werden. Hierzu können z.B. der Mahlzeitendienst oder Reinigungsdienst gehören. Für ein solches Projekt kommen ausschließlich gemeinnützige Institutionen in Frage. Die Koalitionsparteien unterstützen darüber hinaus Generationen übergreifende Aktivitäten.

Finanzen

Die Fraktionen von Grünen, SPD und UWG verpflichten sich, den städtischen Haushalt gemeinsam zu verabschieden. Dabei sind neben den eigenen Anstrengungen für einen ausgeglichen Haushalt die durch Bund, Land und Kreis gesetzten Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung. Die kommunalen Haushalte stehen angesichts der Mindereinnahmen und Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Coronavirus vor erheblichen Belastungen. Umso wichtiger ist es, dass Bund und Land den Kommunen die notwendigen Finanzmittel bereit stellen, damit nicht immer mehr Kommunen in die Haushaltsicherung mit Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen kommen. Wir setzen uns deshalb auch zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür ein, dass die Kommunen durch die Landesregierung die tatsächlichen und gutachterlich ermittelten Kosten nach Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG NRW) und für Flüchtlinge mit Duldungsstatus erstattet bekommen. Vom Rhein-Sieg-Kreis erwarten wir, dass die vom Bund beschlossenen dauerhaften Entlastungen durch höhere Übernahme der Kosten der Unterkunft komplett an die Kommunen im Kreis weitergegeben und nicht teilweise einbehalten werden.

Flughafen Köln/Bonn

Der Flughafen Köln/Bonn wird von uns nicht in Frage gestellt. Wir setzen uns aber für die Nachtruhe der lärmgeplagten Bürger im Umfeld des Flughafens ein und fordern die baldige Umsetzung des Nachtflugverbotes für Passagierflugzeuge zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr und langfristig ein komplettes Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn (keine Starts zwischen 22.00 und 6.00 Uhr und keine Landungen zwischen 23.00 und 5.00 Uhr).

Wir stellen die Erweiterungspläne des Flughafens grundsätzlich in Frage. Der Flughafen verfügt über drei Start- und Landebahnen und großzügige Abfertigungskapazitäten. Für die nächsten Jahre wird es bei dem angelaufenen Planfeststellungsverfahren darauf ankommen, dass die erheblichen Expansionspläne des Flughafens nicht genehmigt werden. Sollten die Ergebnisse dieses Planfeststellungsverfahrens nicht akzeptabel sein, setzen wir uns für gemeinsame Klagen mit Nachbarkommunen ein.

Sonstiges

- Zu Erschließungskosten im Straßenausbau wird vereinbart, mögliche Zuschüsse des Landes zu 100% an die kostenpflichtigen BürgerInnen weiterzugeben.
- Es besteht Einvernehmen darin, dass es beim Bauhof erheblichen Verbesserungsbedarf gibt. Zu prüfen bleibt, ob dies am jetzigen Standort oder an anderer Stelle erfolgt. Vor weiteren Überlegungen müssen der organisatorische Iststand erhoben und die interkommunalen Vereinbarungen geprüft werden.

- Die „Grünpflege“ durch den städtischen Bauhof soll auf der Grundlage der im Ukli vorgestellten Präsentation „Handlungskonzept für Erhalt, Pflege und Neuanlage von Straßenbegleitgrün und Wegeseitenflächen im Stadtgebiet“ erfolgen.
- Mögliche Standorte für eine Hundeauslaufwiese sollen wohlwollend geprüft werden, städtische Zuschüsse für Gerätschaften und eventuelle Aufbauten sind damit nicht vorgesehen.

Lohmar, den

Für DIE GRÜNEN Lohmar

Für die Fraktion GRÜNE
im Lohmarer Stadtrat

Claudia Wieja

Horst Becker MdL

Für die SPD Lohmar

Für die Fraktion SPD Lohmar

Marion Cramer

Uwe Grote

Für die UWG Lohmar (Verein und Fraktion)

Benno Reich